

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Bildungsausschuss

17. WP - 11. Sitzung

am Donnerstag, dem 24. Juni 2010, 10 Uhr,
in Sitzungszimmer 122 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Hans Müller (SPD) stellv. Vorsitzender
Heike Franzen (CDU)
Daniel Günther (CDU)
Marion Herdan (CDU)
Mark-Oliver Potzahr (CDU) i. V. Susanne Herold
Wilfried Wengler (CDU)
Martin Habersaat (SPD)
Dr. Henning Höppner (SPD)
Cornelia Conrad (FDP)
Kirstin Funke (FDP)
Anke Erdmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Ellen Streitbürger (DIE LINKE)
Anke Spoorendonk (SSW)

Weitere Abgeordnete

Serpil Midyatli (SPD)
Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Ines Strehlau (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Anhörung zum Entwurf eines Gesetzes zur Lehrerbildung (Lehrerbildungsgesetz)	5
Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/281 (überwiesen am 17. März 2010)	
Anzuhörende:	
- Präsident der Universität Flensburg, Prof. Dr. Lutz Reuter (Umdruck 17/961)	
- AStA der Universität Flensburg, Hannah Thierau (Umdruck 17/975)	
- Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Astrid Henke (Umdruck 17/976)	
- Verband Deutscher Realschullehrer, Claus Mangels (Umdruck 17/980)	
- Philologenverband, Helmut Siegmon	
- Schulleitungsverband, Herr Ochernal, Herr Nickel (Umdruck 17/974)	
- Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen Schleswig-Holstein, Dr. Riecke-Baulecke	
- Jochen Arlt, Schulleiter der Fridtjof-Nansen-Schule/IGS Flensburg	
2. Kinder mit Migrationshintergrund in Schleswig-Holsteins Kindertageseinrichtungen	11
Bericht der Landesregierung Drucksache 17/347 (überwiesen am 21. Mai 2010 an den Bildungsausschuss zur abschließenden Beratung)	

-
- 3. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kindertagesstättengesetzes und des Schulgesetzes** **13**
- Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 17/179 (neu)
- (überwiesen am 29. Januar 2010 an den Bildungsausschuss)
- hierzu: Umdrucke 17/388, 17/396, 17/410, 17/411, 17/413, 17/507, 17/533,
17/535, 17/548, 17/581, 17/585, 17/586, 17/588, 17/603,
17/604, 17/634
- 4. Entwicklung und Stand der Kulturwirtschaft in Schleswig-Holstein (Kulturwirtschaftsbericht)** **15**
- Bericht der Landesregierung
Drucksache 17/434
- (überwiesen am 17. Juni 2010 an den Bildungsausschuss und Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung)
- 5. Verschiedenes** **16**

Der stellvertretende Vorsitzende des Bildungsausschusses, Abg. Müller, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Anhörung zum Entwurf eines Gesetzes zur Lehrerbildung (Lehrerbildungsgesetz)

Gesetzesentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/281

(überwiesen am 17. März 2010)

Zunächst stellen die Vertreter des AStA der Universität Flensburg, Frau Thierau und Herr Bauer, sowie der Vertreter des AStA der Universität Kiel, Herr Maack, die Schwerpunkte ihrer jeweiligen Stellungnahmen vor, Umdruck 17/981 und 17/975.

Auf eine Frage des Abg. Andresen zum Assistenzlehrer-Praktikum führt Frau Thieraus aus, dieses funktioniere gut, man werde einmal wöchentlich von Mentoren bei der Arbeit in der Schule betreut und habe so die Möglichkeit, schon in der ersten Zeit des Studiums Erfahrungen im Unterrichten zu sammeln.

Abg. Habersaat interessiert der Rollenwechsel vom Studenten zum Lehrer. In diesem Zusammenhang betont Frau Thierau, dass der Rollenwechsel besser früher als später vollzogen werden müsse und bereits mit dem Übergang in die Hochschule stattfinde. - Herr Bauer ergänzt, dass die Betreuung beim Rollenwechsel eine wichtige Rolle spiele und man auf diese Art früh erkenne, ob man selbst den Beruf des Lehrers ausüben wolle.

Auf eine Frage der Abg. Spoorendonk zur Hochschulautonomie führt Herr Maack aus, dass die Einführung bestimmter zusätzlicher Gremien in die Hochschulautonomie ebenso eingreife, wie Veränderungen in den Anteilen von Fachwissenschaft und Fachdidaktik. Vonseiten der Studierenden sei zu begrüßen, wenn das Studium in fachlicher und didaktischer Hinsicht gut auf den Beruf vorbereite.

Abg. Funke möchte wissen, ob auch in anderen Bundesländern mit einem in Schleswig-Holstein erworbenen Examen unterrichtet werden dürfe Dazu führt Frau Thierau aus, dass dies fachabhängig sei, es jedoch Probleme bei vielen Lehramtsstudenten der Universität

Flensburg gebe, weil uneinheitliche Regelungen einen Einsatz in anderen Bundesländern erschweren.

Der Präsident der Universität Flensburg, Dr. Lutz Reuter, erläutert die Schwerpunkte der Stellungnahme der Universität Flensburg, Umdruck 17/961.

Auf eine Frage der Abg. Erdmann zum Wechsel von Hochschulen innerhalb Schleswig-Holsteins führt Herr Dr. Lutz aus, dass es sich bei Kiel und Flensburg um unterschiedlich aufgestellte, autonome Hochschulen handele, die jeweils andere Schwerpunkte hätten. Eine Koordination helfe nicht, das Problem zu lösen.

Auf eine Frage des Abg. Günther zum Stufenlehrermodell und zur Abgrenzung unterschiedlicher Lehramtsstudiengänge betont Herr Dr. Lutz, dass er eine von den anderen Lehramtsstudiengängen getrennte Grundschullehrerausbildung befürworte. Diese dürfe jedoch nicht damit einhergehen, dass zu viele Fächer abgedeckt werden müssten, weil dies seiner Ansicht nach zu einer Deprofessionalisierung führen könne. Zudem befürwortet er eine vermittlungswissenschaftliche Ausbildung für Fachkräfte mit Elementarbereich, deren Ausbildungsschwerpunkte sich im Masterstudiengang dann differenzieren könnten. Grundsätzlich sei auch eine Sekundarstufe-I-Schule zu befürworten, dies zeigten die Pisa-Daten. Hier sei jedoch eine gute Ausstattung und entsprechende Ausbildung der Lehrkräfte nötig, die zurzeit nicht gegeben sei. Eine Trennung der Ausbildung nach Sekundarstufe-I- beziehungsweise Sekundarstufe-II-Lehrern sei seiner Ansicht nach bildungspolitisch derzeit nicht durchführbar.

Auf eine Frage des Abg. Dr. Höppner zu unterschiedlichen Bedarfen im Hinblick auf die Primarstufe in Hamburg und Schleswig-Holstein betont Herr Dr. Reuter, dass sich die Alltagspraxis häufig am tatsächlichen Bedarf an Lehrkräften orientiere. Strukturell müsse jedoch tatsächlich überlegt werden, ob die Primarstufenausbildung die Jahrgänge 1 bis 4 oder die Jahrgänge 1 bis 6 umfassen solle. Dabei handele es sich jedoch jeweils um unterschiedliche qualifikatorische Voraussetzungen.

Auf eine Nachfrage der Abg. Spoorendonk zu der Idee des Assistant Teacher merkt Herr Dr. Reuter an, diese sei grundsätzlich zu befürworten, jedoch dürfe der Assistenzlehrer nicht dazu herangezogen werden, ersatzweise Unterricht zu leisten. Sinnvoll sei, eine Phase zwischen Bachelor und Master einzuschieben, in der die Studierenden sich selbst als Lehrende in der Praxis ausprobieren könnten, um dann gegebenenfalls noch in einen anderen Masterstudiengang wechseln zu können.

Abg. Höppner interessiert, ob der zu erwartende demografische Wandel und die damit einhergehende geringere Zahl an Grundschulern nicht dazu führen könne, dass zukünftig deutlich weniger Lehrer in der Primarstufe gebraucht würden. - Herr Dr. Reuter erläutert, dass das Problem nicht zu lösen sei, indem man hier Kräfte in anderen Bereichen einsetzt. Besonders gut sei seiner Ansicht nach, durch Lehrerfortbildungsmaßnahmen die Möglichkeit stärker zu eröffnen, auch fachfremden Unterricht zu erteilen, um einer drohenden Routine vorzubeugen. Er ergänzt, dass es fraglich sei, wie die Flensburger Uni aufrechterhalten werden könne, wenn es dort keine ergänzenden Studiengänge mehr gebe. Ideal sei darüber hinaus, den zu erwartenden demografischen Wandel auch dazu zu nutzen, die Stundenzahl für Lehrer zu reduzieren, um ihnen die Möglichkeit zu geben, neben dem Unterricht andere Aufgaben wahrzunehmen, zum Beispiel die gezielte Förderung schwächerer Schüler.

Auf Nachfrage der Abg. Conrad führt Herr Dr. Reuter aus, dass die Erfahrungen aus anderen Bundesländern zeigten, dass das Studieren von zweieinhalb oder drei Fächern im Lehramt der Primarstufe ohne Zeitverzögerung möglich sei. Dies habe sich auch als sinnvoll erwiesen, zum Beispiel das zusätzliche Studieren des Fachs Heimat- und Sachunterricht. Ursache dafür sei, dass der fachwissenschaftliche Teil in der Primarstufe eine geringere Rolle spiele.

Frau Henke von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft trägt die Schwerpunkte der Stellungnahme der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft vor, Umdruck 17/976.

Herr Mangels, der Pressereferent des Verbandes Deutscher Realschullehrer, trägt ebenfalls die Schwerpunkte der Stellungnahme seines Verbandes vor, Umdruck 17/980 (neu). Auf eine Frage der Abg. Streitbürger zur Heterogenität in Lerngruppen in der Grundschule führt Herr Mangels aus, dass die Anforderungen des Lernstoffs mit zunehmendem Alter der Schülerinnen und Schüler zunehmen. Besonders deutlich sei dies schließlich in der Sekundarstufe II. Modelle der Binnendifferenzierung seien oft nicht ausreichend.

In seiner Stellungnahme äußert sich Herr Siegmon vom Philologenverband besorgt darüber, dass durch die Umsetzung des Gesetzentwurfs die Arbeitsbelastung an Schulen zunehmen werde. Viele der bereits vorhandenen Probleme bei den Studiengängen seien vorhersehbar gewesen. Problematisch sei, dass durch jede Änderung Ressourcen aufgebraucht würden. Es sei auch nicht förderlich, die Schulen als lebendige Gemeinschaften infrage zu stellen oder auseinanderzureißen. Durch das im Gesetzentwurf vorgeschlagene Stufenlehrermodell seien Einrichtungen wie Schulorchester oder Theatergruppen, die entscheidend zum Zusammenhalt in der Schule beitragen, nicht mehr ohne Weiteres möglich. Insofern werde die Idee des Stufenlehrers vom Philologenverband grundsätzlich abgelehnt. Die Idee des Praktikums sei zu begrüßen, jedoch sei seiner Ansicht nach nicht zu erwarten, dass die Kooperationen mit den

Universitäten reibungslos verlaufen werde. Im Hinblick auf die Fortbildung der Lehrer stimmt Herr Siegmon Frau Henke insofern zu, als diese Bestandteil des Dienstes sei und bezahlt werden müsse.

Herr Niekief vom Schulleitungsverband Schleswig-Holstein führt in die Stellungnahme seines Verbandes ein, Umdruck 17/974. Grundsätzlich werde die Ausbildung zum Stufenlehrer begrüßt, eine Verkürzung des Studiums für Primarstufenlehrer dürfe sich aber nicht negativ auf deren spätere Bezahlung auswirken. Darüber hinaus sei in dem Gesetzentwurf unklar, wie die Bezahlung der sogenannten Assistant Teacher erfolgen solle. Grundsätzlich sei jedoch zu begrüßen, wenn Lehramtsanwärter früh im Studium Erfahrungen in dem Beruf sammeln könnten. Im Hinblick auf den Assistant Teacher müsse auch geklärt werden, wie die notwendigen zusätzlichen Ressourcen bereitgestellt werden könnten.

Auch Herr Ochernal vom Schulleiterverband weist auf das Problem der begrenzten Ressourcen hin. Zudem betont er, dass die Idee des jahrgangsübergreifenden Lernens wie die Idee des Stufenlehrers zu befürworten sei.

Herr Dr. Riecke-Baulecke vom Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen Schleswig-Holstein bezieht sich in seiner Stellungnahme auf die Ausführungen der Baumert-Kommission und betont damit die Eigenständigkeit der beiden Phasen der Lehrerausbildung, der universitären Lehramtsausbildung und des Vorbereitungsdienstes.

Zur Notwendigkeit der verstärkten Kooperationen betont Herr Dr. Riecke-Baulecke, dass man sich in einem intensiven Diskussionsprozess befinde. Es gebe auch schon gute Ansätze, dennoch zeigten sich nach wie vor Handlungsmöglichkeiten, um zu einer besseren Abstimmung zu kommen. Die bisher verfolgten Ansätze sollten weiter entwickelt und vertieft werden.

Zum Vorbereitungsdienst führt Herr Dr. Riecke-Baulecke aus, dieser sei in den letzten Jahren umfassend in mehreren Bundesländern evaluiert worden. Übereinstimmend sei dabei festgestellt worden, dass der Vorbereitungsdienst wesentlich zur Professionalität der Lehrer beitrage. Eine weitere Verkürzung würde diesen in seiner Funktion infrage stellen und sei deshalb nicht wünschenswert. Der Vorbereitungsdienst sei auch entgegen anderslautender Behauptungen kein Kostensparmodell, da die Länder aktiv in die Ausbildung investieren müssten. Dies sei aber auch sinnvoll.

Zu den Anforderungen in der ersten Phase der Lehramtsausbildung erläutert Herr Dr. Riecke-Baulecke, dass eine solide fachwissenschaftliche Ausbildung unabdingbar für einen guten Unterricht sei. Dies bestätigten auch entsprechende Studien. Hinzu kommen müsse aber auch

pädagogische Expertise. Besonders die fachwissenschaftliche Ausbildung könne nur in der ersten Phase der Lehramtsausbildung stattfinden.

Herr Arlt, Schulleiter der Fridtjof-Nansen-Schule Flensburg betont in seiner Stellungnahme, dass aus Sicht seiner Schule wichtig sei, dass die Lehrer eine breitere fachliche Ausbildung bekämen. Hier spiele das Stichwort Lernfelder eine Rolle, zum Beispiel Weltkunde oder Naturwissenschaft, die jeweils aus den Fächern Heimatkunde beziehungsweise Sachunterricht der Grundschule entstünden und erst in der gymnasialen Oberstufe in die entsprechenden Fächer aufgespaltet würden. Ziel dieses Modells sei, den Schülern grundsätzliche gesellschaftliche beziehungsweise naturwissenschaftliche Zusammenhänge zu vermitteln. Weitere Lernfelder seien die Fächer Gestalten, Technik-, Informatik- und Medienkunde oder Arbeit, Wirtschaft und Verbraucherbildung. Wichtig bei der sich abzeichnenden Zweigliedrigkeit des Schulsystems sei, dass auch der nicht gymnasiale Teil den gleichen Stellenwert erhalte wie das Gymnasium, sowohl was die Ausbildung als auch die Betreuung angehe. Wichtig für den nicht gymnasialen Teil des Schulsystems sei, nicht nur für spezifische Stufen ausgebildete Lehrer zu haben. Es müsse eine einheitliche Grundbildung für alle Lehrkräfte geben, aber auch eine Möglichkeit, sich zu spezialisieren.

Auf eine Frage der Abg. Strehlau zur Umsetzung der Idee der Lernfelder an den Universitäten führt Herr Dr. Reuter aus, dies werde bislang an den Universitäten nicht umgesetzt, da dort die Ausbildung für die Regelsituation stattfinde. Grundsätzlich müsse dies ohnehin im zuständigen Schulministerium umgesetzt werden. Im Prinzip sei die Idee jedoch sinnvoll, auch wenn eine Integration von Fächern besonders in der Oberstufe nicht mehr ohne Weiteres möglich sei. Dem Problem könne man jedoch begegnen, indem man verstärkt darauf hinwirkt, dass von Studenten bestimmte Fächerkombinationen gewählt würden.

Auf eine Frage der Abg. Spoorendonk, wie die Zukunft des Referendariats gesehen werde, betont Herr Dr. Riecke-Baulecke, dass man durchaus über eine Veränderung nachdenken könne, es dürfe seiner Ansicht nach jedoch nicht verkürzt werden. Eine Möglichkeit, den Vorbereitungsdienst in begrenztem Maße auf den Masterstudiengang anzurechnen, sei denkbar, müsse aber politisch entschieden werden.

Auf eine Frage der Abg. Erdmann zur Feststellung der beruflichen Eignung durch die Lehramtsanwärter selbst betont Herr Dr. Riecke-Baulecke, dass dies möglichst am Anfang des Studiums passieren müsse, in jedem Fall deutlich vor dem Referendariat. Auch Herr Arlt spricht sich deutlich für Praxiserfahrungen in der ersten Phase des Bachelor-Studiums aus, möglichst in einem zeitlichen Umfang von mindestens sechs Wochen.

Herr Dr. Reuter führt aus, er sehe keinen Grund, die Länge des Studiums für unterschiedliche Schulstufen zu differenzieren. Die Bachelor- und Masterausbildung solle seiner Ansicht nach 300 Leistungspunkte umfassen, ohne Teile der Referendariatsausbildung zu beinhalten. Darüber hinaus macht er deutlich, dass er anders als Herr Dr. Riecke-Baulecke keinen Grund sehe, warum die Referendariatsausbildung zwei Jahre dauern solle. Er stimmt zu, dass Studierende so früh wie möglich in die Lage versetzt werden sollten, ihre Eignung für den Lehrerberuf einzuschätzen, auch in der Praxis. Hilfreich sei auch, über andere Optionen nachzudenken und diese auch ins Studium zu integrieren. Unnötig sei seiner Ansicht nach die dritte schriftliche Arbeit zum Abschluss des Referendariats nach der Bachelor- und der Masterarbeit. Sinnvoller seien Lehrproben, unter Umständen auch als Prüfungsleistung.

Frau Henke spricht sich ebenfalls für die Schaffung einer Praxisphase zwischen erstem und zweitem Abschnitt der Lehrerausbildung aus. Dennoch könne ihrer Ansicht nach nicht auf das Referendariat verzichtet werden, vor allem dann nicht, wenn die Kultusministerkonferenz der Länder dies nach wie vor für die Mehrheit der Länder fordere.

Auf eine Frage der Abg. Funke zu den fachlichen Auswirkungen der Einführung einer Stufenlehrerausbildung auf Gymnasiallehrer betont Herr Siegmon, dass besonders in der Oberstufe sehr hohe Anforderungen auch an die fachlichen Kompetenzen der Lehrkräfte gestellt würden. Seiner Ansicht nach sei eine fachliche Expertise und gleichzeitig pädagogisches Wissen das Erfolgsrezept.

Auf eine Nachfrage der Abg. Conrad spricht sich auch Herr Arlt für die fachliche Kompetenz in der gymnasialen Oberstufe - auch an Gesamtschulen - aus. Hinzu kommen müsse aber auch eine pädagogische Kompetenz für den Unterricht in der Sekundarstufe I.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Kinder mit Migrationshintergrund in Schleswig-Holsteins Kindertageseinrichtungen

Bericht der Landesregierung
Drucksache 17/347

(überwiesen am 21. Mai 2010 an den Bildungsausschuss zur abschließenden Beratung)

Als Aktualisierung zu dem Bericht der Landesregierung trägt M Dr. Klug vor, dass die Beteiligungsquote von Kindern ohne Migrationshintergrund in dem vom Bertelsmann Ländermonitor 2010 erfassten Zeitraum 91 % betrage. Erfreulicherweise sei die Beteiligung bei Kindern mit Migrationshintergrund von 60 auf 69 % gestiegen, was keine Folge des beitragsfreien dritten Kindergartenjahres sei, da dies erst ab August 2009 eingeführt worden sei.

Auf eine Frage der Abg. Erdmann zur Belastbarkeit der Daten und zum Platz Schleswig-Holsteins im Ländervergleich führt Frau Golz, Referentin im Ministerium für Bildung und Kultur aus, dass die Daten erst seit einer Woche vorlägen und noch keine detaillierten Auswertungen hätten vorgenommen werden können. Zudem wisse man nicht, wie belastbar die erst insgesamt seit zwei Jahren erhobenen Daten seien. Man erhoffe sich jedoch, dass der nationale Aktionsplan mehr Aufschlüsse gebe.

Abg. Midyatli stellt die Frage in den Raum, ob bereits Rückschlüsse aus dem im Ländervergleich verhältnismäßig niedrigen Beteiligungsquote von Kindern mit Migrationshintergrund gezogen worden seien und ob dabei berücksichtigt worden sei, ob in Brennpunktstadtteilen, in denen der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund in Kindertageseinrichtungen besonders hoch sei, überhaupt genügend Plätze zur Verfügung stünden. Sie spricht sich dafür aus, diese Daten ebenfalls sorgfältig zu erheben. Gleichzeitig betont sie, dass auch für Familien mit Migrationshintergrund adäquate Informationen zur Verfügung gestellt werden müssten, um diese in die Lage zu versetzen, sich rechtzeitig um einen Kitaplatz zu bewerben.

M Dr. Klug hebt hervor, dass auch aus seiner Sicht sowohl eine ausreichende Information wichtig sei, als auch der Faktor der Bewertung von Betreuung und Erziehung im Vorschulalter eine Rolle spiele. Seiner Ansicht nach sei der Anstieg aber unter Umständen auch auf die letztere Informationslage zurückzuführen. Zur Anzahl der Kitaplätze weist er darauf hin, dass

dies auch in der Verantwortung der kommunalen Träger liege, vonseiten der Landesregierung weise man darauf hin, dass ein flächendeckendes Angebot sichergestellt werden müsse.

Abg. Herdan bringt ihre Freude über die verbesserten Zahlen zum Ausdruck, plädiert aber gleichzeitig für eine Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Trägern der Jugendhilfe. Dort müssten Angebote stärker vernetzt werden.

Auf eine Frage der Abg. Erdmann zu vorschulischen Einrichtungen führt M Dr. Klug aus, dass es sich dabei um ein Modellvorhaben handele, zu dem die Landesregierung dem Parlament zu gegebener Zeit berichten werde. Auf eine weitere Frage der Abg. Erdmann zu der Anzahl der aktuell geförderten Eltern-Kind-Zentren sagt die Landesregierung zu, diese nachzuliefern. - Problematisch bei den bisher erhobenen Daten - so führt Frau Golz auf eine weitere Frage der Abg. Erdmann aus - sei die Tatsache, dass man einerseits nicht von einem interkulturell ähnlichen Hintergrund ausgehen könne, gleichzeitig aber differenzierte Daten fehlten.

Auf eine Bitte der Abg. Franzen sagt Frau Golz zu, nähere Daten zu Ländervergleichen, die erst in der kommenden Woche veröffentlicht würden, dem Ausschuss zur Verfügung zu stellen.

Zur Diskussion um das beitragsfreie dritte Kindergartenjahr ergänzt Abg. Midyatli, dass ihrer Ansicht nach bei Familien mit Migrationshintergrund durchaus Kostengründe eine Rolle spielten, wenn Kinder nicht eine Kindertageseinrichtung geschickt würden. - M Dr. Klug betont, dass der bisher zu beobachtende Anstieg nicht auf die Beitragsfreiheit zurückgeführt werden könne, da diese zu dem entsprechenden Zeitraum noch nicht wirksam geworden sei. Zudem müsse nach Berechnungen des Ministeriums eigentlich von einer höheren Beteiligungsquote insgesamt ausgegangen werden, wenn die Beitragsfreiheit tatsächlich so großen Einfluss hätte.

Abg. Spoorendonk plädiert dafür, sich im Rahmen des Berichts auch mit der Frage zu beschäftigen, wie die Gruppe, die bisher nicht durch Maßnahmen erreicht werde, dazu gebracht werden könne, ihre Kinder in die Kindertageseinrichtungen zu schicken.

Der Bildungsausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung, Drucksache 17/347, abschließend zur Kenntnis.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kindertagesstättengesetzes und des Schulgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 17/179 (neu)

(überwiesen am 29. Januar 2010 an den Bildungsausschuss)

hierzu: Umdrucke 17/388, 17/396, 17/410, 17/411, 17/413, 17/507, 17/533,
17/535, 17/548, 17/581, 17/585, 17/586, 17/588, 17/603,
17/604, 17/634

Abg. Streitbürger begründet noch einmal ihren Antrag. Finanzierbarkeit könne aus ihrer Sicht nicht immer als Argument herangezogen werden, um sozialpolitisch sinnvolle Dinge nicht umsetzen zu müssen. Sie plädiert dafür, Maßnahmen durchzusetzen, die zu mehr sozialer Gerechtigkeit führen.

Abg. Höppner betont, dass die im Antrag vertretenen programmatischen Aussagen von der SPD-Fraktion geteilt würden. Die SPD-Fraktion könne dem Gesetzentwurf jedoch nicht zustimmen, da es aus Sicht der Fraktion nicht möglich sei, alle Ideen in einem Gesetzentwurf umzusetzen.

Abg. Herdan betont, dass aus Sicht ihrer Fraktion eine Zustimmung zu dem Antrag schon aus finanziellen Gesichtspunkten nicht infrage komme. Sie warnt davor, durch das Stellen solcher Anträge dem Plenum beziehungsweise dem Ausschuss nur Arbeit zu machen.

Abg. Conrad betont vonseiten der FDP-Fraktion sei man grundsätzlich nicht dagegen, allen Kindern warme Mahlzeiten zu geben, dies sei jedoch aus Sicht ihrer Fraktion nicht finanzierbar. Dies gelte vor allem vor dem Hintergrund, dass andere Dinge ebenfalls dringend finanziert werden müssten. Grundsätzlich gehe es auch um Verantwortung den nachfolgenden Generationen gegenüber, denen man keinen riesigen Schuldenberg hinterlassen dürfe.

Abg. Erdmann betont ebenfalls, dass warme Mahlzeiten sinnvoll seien, sie habe sich aber auch einen Vorschlag gewünscht, wie die Ideen finanziert werden sollten.

Abg. Spoorendonk betont, dass man zu einer Finanzierung und einer Prioritätensetzung in dieser Hinsicht verpflichtet sei. Dies fiele in dem Antrag. Deshalb könne sie den Antrag nicht unterstützen.

M Dr. Klug führt aus, dass die undifferenzierte Bereitstellung von Mahlzeiten für alle Schüler das Land circa 240 Millionen € und damit den Gegenwert von 6.000 Lehrerstellen kosten werde. Aus Sicht der Landesregierung sei eine derartige undifferenzierte Sozialleistung nicht sinnvoll.

Mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimme der Fraktion DIE LINKE empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Antrag Drucksache 17/179 (neu) abzulehnen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Entwicklung und Stand der Kulturwirtschaft in Schleswig-Holstein (Kulturwirtschaftsbericht)

Bericht der Landesregierung
Drucksache 17/434

(überwiesen am 17. Juni 2010 an den Bildungsausschuss und Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung)

Der Ausschuss kommt überein, der Landesregierung zeitnah Fragen einzureichen und bittet um eine schriftliche Beantwortung. Die Beratung dieses Punktes stellt er bis zum Vorliegen der Antworten zurück.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Auf eine Bitte der Abg. Erdmann, dem Ausschuss die Unterlagen zur Verfügung zu stellen, aus denen Herr St Zirkmann in der letzten Innen- und Rechtsausschusssitzung zitiert habe, erklärt M Dr. Klug, dass diese erst nach Abschluss der Haushaltsaufstellung zur Verfügung gestellt werden könnte.

Auf eine Frage der Abg. Erdmann zur Reaktion von Teilzeitkräften auf den Pflichtstundenere-lass führt M Dr. Klug aus, dass dieser noch nicht in Kraft getreten sei und deshalb eine Be-antwortung dieser Frage nicht möglich sei. Aus Sicht des Ministeriums werde jedoch die vor-aussichtliche Zahl von 450 Lehrerstellen nicht dadurch reduziert, dass einzelne Lehrer ihre Stundenzahl reduzierten, weil dadurch auch auf der anderen Seite durch geringere Gehalts-zahlungen mehr Mittel zur Verfügung stünden; um weitere Lehrer einzustellen.

Der stellvertretende Vorsitzende, Abg. Müller, schließt die Sitzung um 13:25 Uhr.

gez. Hans Müller
stellv. Vorsitzender

gez. Thomas Wagner
stellv. Geschäfts- und Protokollführer